

\* Die in Berlin am 11. Juni ausgegebene Nr. 30 des Reichsgesetzblatts enthält das am 1. April nächsten Jahres in Kraft tretende Gesetz, betreffend Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Zivilprozeßordnung des Gerichtsgerichtsgesetzes und der Schlußordnung für Rechtsanwälte.

## Ausland.

### Zur Sprachenfrage in Österreich-Ungarn.

(W. T. B.)

Wien, 11. Juni. Das Abgeordnetenhaus lehnte heute nach langerer Debatte die zuthenischen Dringlichkeitsanträge betr. die sprachliche Gleichberechtigung der galizischen Gerichtsbehörden ab. Die Rede des Justizministers Hochbürger, der erklärte, daß zu allgemeinen Weisungen kein Anlaß sei, da die kompetenten Hofsäulen notwendigstens belehrend und sogar rügig eingreifen, rief stürmische Proteste der Ruthenen hervor. Das Haus verhandelte sodann den Dringlichkeitsantrag des Tschechen Stransky, der sich dagegen verwahrt, daß der Sektor der böhmischen Technik in Prag, Berlin, der bei der vorjährigen Immatrikulationsfeier eine Rede hielt, durch welche die Professoren und Hörer der deutschen Hochschulen sich beleidigt fühlten, und der sich dem gesellschaftlichen Vontottbeschlüsse der tschechischen Techniker Wags gegen den dortigen Statthalter Grafen Euodenhofer angeklagt hatte, vor den Unterrichtsminister behufs Rechtfertigung seines Vorgehens nach Wien zitiert wurde. Redner glaubt, die Verfolgung des Sektors sei auf die agitatorische Tätigkeit des deutschen Landesmannschafts-Schreiner zurückzuführen. Unterrichtsminister Sturz gab die Richtigkeit des Tatbestands zu, wies jedoch die Vermutung zurück, als ob Minister Schreiner oder irgend jemand die Unterrichtsverwaltung beeinträchtigt hätte. Die Beeinträchtigung der Freiheit der aladischen Behörden liege der Unterrichtsverwaltung vollkommen fern. Der Minister sprach schließlich die Hoffnung aus, daß Sektor Berlin bei ruhiger Überlegung der an ihn ergangenen Aufforderung wegen näherer Ausklärung seines ungewöhnlichen Verhaltens bei Vermeidung schwerer Folgen tatsächlich Folge leisten werde. (Lebhafter Beifall links. Stürmische Protestrede der Tschechen, die sich zu derartigem Lärm neigern, daß die letzten Worte des Ministers, der die Ablehnung der Dringlichkeit erbat, ungehört verhallten.)

### Zur Lage in Ungarn.

(Meldung des Ungarischen Korrespondenz-Bureau's.)

Wie in einem Teile der gestrigen Ausgabe (unter den Drahtnachrichten) aus Budapest bereits mitgeteilt wurde, hat das Exekutivkomitee der Unabhängigkeitspartei in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, in der nächsten Woche eine Plenarversammlung der Partei einzuberufen. Handelsminister Rosiuth wird der Konferenz eine Resolution unterbreiten, welche die Stellungnahme der Partei in bezug auf die Krise darlegt. Auch wird die Partei mittels einer Proklamation sich an die öffentliche Meinung des Landes wenden, um diese über die Haltung der Partei aufzuklären. Dem Beschluss des Exekutivkomites wird allgemein die Bedeutung beigelegt, daß die Lösung der Krise bis zum Herbst vertagt ist, und daß bis dahin das Kabinett Wesely provisorisch die Geschäfte führen beibehält.

### Zur Erhöhung des italienischen Militärbudgets.

(W. T. B.)

Rom, 11. Juni. (Deputiertenkammer.) Bei der weiteren Beratung der Vorlage betreffend Erhöhung des Militärbudgets erklärte Kriegsminister Spingardi: Die italienischen Erhöhung in und außerhalb des Parlaments über die militärischen Einrichtungen haben gezeigt, daß die Armee schon seit längerer Zeit wichtige Bedürfnisse hat, für die gesorgt werden muß, und die sich auf die Bewaffnung, Erhaltung der Schlagfertigkeit und die Landesverteidigung beziehen. Die Krise ist heute reif, technisch und politisch, und die Notwendigkeit zweidurchsprechender Maßnahmen ist auch dem Volle zum Bewußtsein gekommen. Die Mehrforderungen sind ordentliche und außerordentliche. Die Erhöhung der ordentlichen Ausgaben ist mit 10 Mill. für das laufende und mit 18 Mill. für das nächste Etatsjahr vorgesehen. Diese sind durch die gestiegenen Preise für Lebensmittel, Kleidung und Munition, sowie durch die Verbesserung einer Reihe von Militärbauten, vor allem aber durch die Erhöhung des Effektivbestands von 205 000 auf 225 000 Mann und durch häufigere Einberufung der Reserve zu üben notwendig geworden. Für die außerordentlichen Ausgaben ist ein Betrag von 125 Mill. veranschlagt worden, die auf 5 Etatsjahre einschließlich des gegenwärtigen verteilt werden und zur Durchführung der bereits im vorigen Jahre vom Parlament gebilligten Maßnahmen und Arbeiten dienen sollen. Die gegenwärtige Vorlage enthält im wesentlichen nur die bereits in der Debatte des Juli 1908 angeständigen Ausgaben. Der Minister erklärte sodann weiter, er könne mit Sicherheit behaupten, daß die verlangten Kredite zur Ausführung des bereits bestehenden Arbeitsprogramms ausreichen werden, daß man als ein Kindheitsprogramm gegenüber dem von mehreren Rednern dargelegten Höchstprogramm bezeichnen könne, das aber, wenn es rasch ausgeführt würde, der Armee und der Landesverteidigung eine derartige Wirksamkeit geben werde, die es Italien gestatte, sich in dem Konzert der Großmächte zu behaupten — ein Gegenstand nicht nur der Achtung, sondern auch der Furcht. Nach Erläuterung des Gesetzentwurfs legte der Minister seine Ansichten über die Organisation des Heeres dar und kündigte u. a. an, daß er einen Gesetzentwurf betreffend die zweijährige Dienstzeit für alle Waffengattungen einbringen werde. Der Minister schloß mit einem warmen Gruß an die Armee und mit dem Wunsche, daß sie die Opfer rechtfertige, die das Land für die nationale Verteidigung bringe. Die Rede des Ministers wurde häufig von Beifall begleitet; zum Schlusse wurde der Minister beglückwünscht.

### Die englische Preskonferenz.

(W. T. B.)

London, 12. Juni. Zu Ehren der Delegierten der Preskonferenz veranstaltete die Regierung gestern abend ein Bankett, an dem zahlreiche Politiker und viele der vorragende Persönlichkeiten teilnahmen. Premierminister

Brougham hielt eine Rede, in deren Verlauf er ausführte, daß die Politiker aller Parteien einig seien in der Ansicht, daß die Presse des Reiches ehrlich und rein sei. Es sei eine Pflicht der Presse des Reiches, den Geist des Reichs einheit auf höchste zu fördern. Nichts habe während der Konferenz eindrucksvoller sein müssen, als die Einigkeit auch politischer Gegner in der Frage der Verteidigung des Reiches. Auf die Ansprache des Premierministers erwiderten Delegierte aus Kanada, Australien und Neuseeland. Ein kanadischer Delegierter erklärte, er spreche im Namen von 2½ Mill. französischer Kanadier. England werde finden, daß alle Kanadier einig seien darin, die gemeinsame Sache des Reiches zu verteidigen. Ein neuseeländischer Delegierter sagte, er sei nach England gekommen unter dem Eindruck, der Zweck der Konferenz beruhe darin, eine Verminderung der Telegrammbühnen herbeizuführen. Aber er finde, die Frage von höchster Bedeutung sei die Einigkeit des Reiches. Die Blätter einer großen Nation auf dem Kontinent hätten die Reden der imperialistischen Staatsmänner so hingestellt, als ob sie eine Panik veroptrieten. Er fragte: Könne irgend jemand, der diese Reden gehört oder gelesen habe, sich vorstellen, daß sie auch nur eine Spur von Panik enthalten? Von ruhiger Entschlossenheit seien sie alle erfüllt gewesen.

### Von der englischen Flotte.

(W. T. B.)

London, 12. Juni. Admiral Lord Charles Beresford wird eine Kundgebung an das Land erlassen über den Zustand der Flotte und der Marineverteidigungsmittel, darin u. a. hervorhebend, daß namentlich der Bau von Schwimmtdubs in Kielwall und Kroatien wünschenswert sei.

### Der englisch-siamische Vertrag.

(W. T. B.)

London, 11. Juni. Heute ist der am 10. März d. J. in Bangkok unterzeichnete englisch-siamesische Vertrag veröffentlicht worden. Danach verpflichtet sich Siam, kein Territorium südlich der südlichen Grenze des Monthonabukri oder auf den umliegenden Inseln an eine fremde Regierung zu überlassen oder einer solchen das Recht einzuräumen, eine Kolonialstation zu errichten oder zu pachten, ferner keine Docks dort zu bauen oder zu erwerben oder irgend einen Hafen ausschließlich in Anspruch zu nehmen, wodurch möglicherweise britische Interessen vom strategischen Standpunkte aus geschädigt werden können.

### Zur Monarchenbegegnung in den finnischen Schären.

(Voss. Bltg.) St. Petersburg, 11. Juni. Der Ministerpräsident Stolypin wird den Kaiser zu der Begegnung in den finnischen Schären begleiten.

### Der russische Staatshaushaltsetat.

(W. T. B.)

St. Petersburg, 11. Juni. Die Duma hat die Dringlichkeit des Staatshaushaltsetats für das Jahr 1909 anerkannt und den Etat angenommen. Er balanciert mit 2 941 148 978 Rubel, und zwar betragen die ordentlichen Einnahmen 2 458 740 982 Rubel, die außerordentlichen Einnahmen 482 407 996 Rubel. Die ordentlichen Ausgaben belaufen sich auf 2 445 634 917 Rubel, während die außerordentlichen Ausgaben 495 514 061 Rubel betragen.

### Zur Reform der französischen Kriegsgerichte.

(W. T. B.)

Paris, 11. Juni. Die Deputiertenkammer hat heute die letzten Artikel des Gesetzentwurfs betreffend die Reform der Kriegsgerichte angenommen. Im Verlaufe der Sitzung erklärte Unterstaatssekretär Theron, das vorliegende Gesetz betr. die Reform der Kriegsgerichte stelle einen sehr bedeutenden Fortschritt dar. Minister Picquart führte aus, die Reform sei nicht gegen die Armee sondern mit der Armee gemacht worden. Hierauf wurde der Gesetzentwurf mit 456 gegen 56 Stimmen im ganzen angenommen.

### Die französischen Anarchisten.

(W. T. B.)

Paris, 12. Juni. Die Untersuchung, die fürglich infolge eines gegen einen Fabrikanten in Rive de Gier verübten Anschlags eingeleitet worden war, ergab, daß dieser das Werk einer wohlorganisierten Anarchistenbande war. Es wurden bereits mehrere Verhaftungen vorgenommen. Durch die Haussuchung bei einem der Verhafteten, einem 25jährigen Glasarbeiter namens Prat, wurde eine regelechte Werkstatt zur Erzeugung von Dynamitbomben entdeckt.

### Die Wahlen zur holländischen Deputiertenkammer.

(W. T. B.)

Amsterdam, 11. Juni. Bei den heutigen Wahlen zur Zweiten Kammer wurden 7 Liberalen, 3 Demokraten, 26 Katholiken, 30 Protestanten und 9 von der Partei der historischen Christen gewählt. Es haben 36 Stichwahlen stattgefunden.

### Zur Kreisfrage.

(Agence Havas.)

Paris, 11. Juni. Der Minister des Auswärtigen Pichon erklärte, es sei bisher keine Verständigung zwischen den Mächten bezüglich der vorläufigen Beibehaltung der Truppen auf Kreta erzielt worden. Die Räumung werde im Juli stattfinden, wenn ein neues Übereinkommen auf anderer Grundlage zustande komme.

### Zur Lage in der Türkei.

(W. T. B.)

Konstantinopel, 11. Juni. Angesichts der neuen, vielfach übertriebenen Nachrichten über die Lage im Vilajet Adana hat die Flotte gestern einige diplomatische Vertreter ausgeschlossen über die Lage gegeben und versichert, daß sie im eigenen Interesse alles zur Verhütung der erregten Bevölkerung und zur Besserung ihrer Lage tue.

Konstantinopel, 11. Juni. General Ochabid hat seine militärische Aktion gegen die Reaktionäre Albaniens wieder aufgenommen, nachdem er vorher seine Gebirgsbatterien mit Schnellfeuergeschützen und Maschinengewehren, die aus Mitrowiza eingetroffen sind,

ausgeführt hat. Am Montag wurde eine Expedition in das schwierige Berggebiet Malissia mit 4 Bataillonen und 14 Geschützen unternommen; es wurden verschiedene Dörfer besetzt und von den Höhen des Tales Kocin die Beschießung der albanischen Dörfer begonnen. Die Expedition wird erfolgreich fortgesetzt. — Nach einer griechischen Nachricht hat ein blutiges Zusammenstoß zwischen Truppen und Albanern unter Jezet Bahar in Berat stattgefunden. Die Truppen hatten 12 Tote und 17 Verwundete, die Albaner 3 Tote. Die Niederung bedarf noch der Besiegung.

### Zur Lage in Marokko.

(W. T. B.)

Tanger, 11. Juni. El Gebbos leitete dem diplomatischen Corps mit, daß auf Befehl des Sultans in den Hafenorten eine städtische Wache eingesetzt werden soll. Der Sultan hat Befehl erteilt, das Tabakmonopol in Submission zu geben. Weiter hat der Sultan El Gebbos befohlen, dem diplomatischen Corps mitzuteilen, daß er geneigt sei, den Artikel 60 der Algeciras-Vertrag betreffend Handelsverkehr durch Ausländer anzuerkennen und daher eine Kommission gebildet habe, die demnächst in Tanger eintreffen und, wie in dem Artikel vorgesehen, die Küstenterrains in einem Umkreis von 10 km feststellen wird. Sobald die Kommission ihre Arbeiten beendet hat, wird der Sultan zum An- und Verkauf des Terrains seine Erlaubnis erteilen.

### Zur Lage in Persien.

(W. T. B.)

(Meldeungen des St. Petersburger Telegraphen-Agentur.) Wie in einem Teile der gestrigen Ausgabe (unter den Drahtnachrichten) bereits gemeldet wurde, hat das Beschlußkomitee dem Schah ein Wahlgesetz unterbreitet, das für die Provinzen die Wahl von Abgeordneten unabhängig von ihrem Domizil in dieser oder jener Provinz beantragt. Dies bezweckt die Wiederwahl früherer Abgeordneter und die Wiederherstellung der Partei Sani ed Dawleh. Das Komitee lehnt die Ausarbeitung des Wahlgesetzes für den Senat ab und besteht darauf, daß zuerst das Medschlis allein eröffnet werde. Dieser Standpunkt erzeugt Reibungen zwischen dem Komitee und dem Premierminister, der die gleichzeitige Eröffnung des Medschlis und des Senats verlangt und darauf besteht, daß jede Provinz durch dort lebende Abgeordnete vertreten sei. Die nach Täbris entstandene Truppenabteilung ist hierher zurückgekehrt.

Aus Meshed werden große Unruhen gemeldet, die am 7. Juni damit begonnen haben, daß Revolutionäre im Gebäude der Endschulen den Chef der Polizei ermordeten. In Meshed treiben Räuber ihr Werk; ein Anschlag auf den Generalgouverneur, der sich auf dem Wege nach Meshed befindet, wird befürchtet. Beim Schießen in der Stadt fielen die Angeln bis zum russischen Konsulatgebäude. Es herrscht völlige Anarchie. Den Europäern droht Gefahr.

### Epilog zur Algeciras-Angelegenheit.

(W. T. B.)

Casablanca, 10. Juni. Das Kriegsgericht verurteilte von den Deserteurn, die zu dem deutsch-französischen Zwischenfall Anlaß gegeben hatten, vier zu fünf Jahren, einen zu acht Jahren und einen zu zehn Jahren Gefängnis und zur Degradation.

### Mannigfaltiges.

#### Aus Sachsen.

\* Die Überfüllung der Wagenabteile auf den Eisenbahnen durch Handgepäck einzelner Reisender hat mehrfach Anlaß zu Klagen gegeben. Die Sächsische Staatsseisenbahnverwaltung hat deshalb jetzt die Bahnfahrgäste erneut angewiesen, streng darauf zu achten, daß Reisende mit unzulässig vielen oder großen Gepäckstücken überhaupt nicht durch die Sperré gelassen, sondern angehalten werden, das Handgepäck, soweit es nicht im Raum über dem Platz des Reisenden im Wagen unterzubringen ist, ordnungsmäßig abzusetzen. Ferner haben die Gepäckträger Weisung erhalten, daß sie es bestimmt ablehnen, zu schweren, umfangreichen oder zahlreichen Gepäckstücken als Handgepäck in die Wagenabteile zu tragen. Auch die Zugschaffner, namentlich in Durchgangswagen, sollen dahin wirken, daß die Reisenden in der Benutzung des ihnen auftreffenden Raumes nicht beschränkt werden. Rötigefalls sollen die Reisenden noch auf Zwischenstationen zum Aufgeben des Gepäcks veranlaßt werden. Unter allen Umständen soll es verhindert werden, daß einzelne Reisende ihr Handgepäck auf Sitzplätzen oder gar in Nachbarabteilen verlämmern und auf diese Weise die Rechte der Reisenden verlängern und die Bequemlichkeit beeinträchtigen. Verweigert ein Reisender, sein übermäßiges Gepäck gehörig abzusetzen, so hat er nach Feststellung seiner Verhältnisse wegen Gepäckstrafhinterziehung zu gewartigen.

\* Die Ausstellung der Lößnitzbäder hat für den morgigen Sonntag ganz außerordentliche Vorkehrungen getroffen, um den Besuchern einmal ein Erdbeer- und Spargelfest zu veranstalten, wie dies nur die Lößniz zu bieten vermag. Erdbeeren wird es geben, auf eisernen Tellern, in eisernen Körbchen mit Butter und Schlagsahne, Erdbeereis, Erdbeerböle; weiter Spargel, die stärkste Sorte, als Salat, als Beilage zu Schnitzel u. c., selbst den feinsten Gourmand befriedigend. Dazu bietet die Ausstellungleitung vorzügliche Unterhaltung durch Instrumentalfest, ferner durch das Turnen des Vereins Lößnitzbäder (etwa 500 Turner), Fechten, Ringen, Gruppenstellen sowie Freilösungen. Abends wird der prächtige Ausstellungsgarten sowie das Vergnügungsbad durch Tausende von Zämpchen buntfarbig erglühen und das Fest durch das Abbrennen eines brillanten Feuerwerks seinen Höhepunkt erreichen. Für die tanztüchtige Jugend ist durch ununterbrochenes Ballvergnügen auf einem Tanzplatz im Freien reichlich Sorge getragen, außerdem können sich die kleinen beim Kaspartheater, Kasinu u. c. genügend ergötzen.

\* Leipzig, 11. Juni. Das Reichsgericht verwarf die Revision des Gerichtsreferendar Harry